

Marzahn- Hellersdorf

31. Jahrgang / Juli 2021

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Juliane Witt: Bürgermeisterin für alle sein

Seit zehn Jahren setze ich mich als Stadträtin für Soziales, Kultur und Immobilien für Marzahn-Hellersdorf ein. Jetzt möchte ich politische Verantwortung für das gesamte Bezirksamt übernehmen und bitte dafür um Vertrauen.

Ich möchte eine Bezirksbürgermeisterin sein, die für alle da ist: für die langjährigen und für die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger, für die junge Generation ebenso wie für die ältere - für alle, die in unserem schönen Bezirk leben. Dabei sind für



mich die Prinzipien klar: Augenhöhe, Transparenz und Diskussion. Lassen Sie uns einander zuhören und Marzahn-Hellersdorf gemeinsam gestalten.

Es gibt leider zu viele, die Ängste schüren und spalten wollen. Allen, denen das genauso wie mir gegen den Strich geht, sage ich: Wir sind mehr, und wir lassen unserem Bezirk nicht die Vielfalt und den Zusammenhalt nehmen!

Das sind meine neun Punkte für ein lebenswertes, hoffnungsvolles Marzahn-Hellersdorf:

- Bezahlbares Wohnen für alle: Wir sichern mit den städtischen Wohnungsgesellschaften und unseren Genossenschaften faire Mieten und setzen Neubauziele solidarisch um, ohne dass Lebensqualität verloren geht.
- Mehr Tempo für die soziale Infrastruktur: Wohnungen werden schnell hochgezogen, während Kita- und Schulplätze noch fehlen. Wir entlassen

den Senat nicht aus der Verantwortung und beschleunigen die Verfahren zum Bau neuer Grund- und Oberschulen.

- Gute Bildung für alle: Schule muss Raum für Lernen sowie für

Freizeit, Sport und Spiel sein. Wir stärken Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen. Sehr wichtig: keine überfüllten Schulen, saubere Klassenräume, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer sowie eine umfassende Digitalisierung.

- Klimaschutz und mehr Grün: Mit einem Rat aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern werden wir anspruchsvolle Maßnahmen zum Schutz des Klimas auf den Weg bringen. So stärken wir die Demokratie und lösen Konflikte auf lokaler Ebene.

- Gesundheit ist keine Ware: Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass man am hohen Gut der Gesundheit nicht sparen darf. Für den Bezirk werden wir verstärkt um mehr Haus- und Fachärzte werben.

- Weg mit den Stolperfallen: Unsere Gehwege befinden sich in einem schlechten Zustand. Wir werden aus alternden Kiezen komplett barrierefreie Kieze machen.

- Nicht länger Schlusslicht beim Radverkehr: Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist dringend notwendig. Als Bezirksbürgermeisterin möchte ich, dass sich alle von jung bis alt sicher auf dem Rad bewegen können.

- Mehr Angebote im öffentlichen Nahverkehr: Wir brauchen nicht nur dichtere Takte bei Bus und Bahn, sondern auch neue Angebote wie Rufbusse, die insbesondere das Siedlungsgebiet besser anbinden.

- Ein Freibad: Lange wurde es versprochen, jetzt muss das Freibad mit überdachter Schwimmhalle in unserem Bezirk endlich kommen.

Das sind einige meiner Ziele. Nicht nur dazu möchte ich mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, sondern auch darüber, welche Probleme oder Herausforderungen sie bewegen. In den nächsten Wochen werden wir uns hoffentlich oft über den Weg laufen - am Infostand, auf der Tour mit dem Lastenrad oder auf dem Wochenmarkt.

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Deutsche Wohnen und Co. enteignen / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 3: Petra Pau: Neue Grundrechte / Aus den Siedlungsgebieten / Eine Chance für Wildbienen

Seite 4: Dr. Manuela Schmidt: Auf den letzten Metern / Juliane Witt: Miteinander durch schwere Zeiten

Seite 5: Am Gedenkstein für Sinti und Roma / Zukunftswerkstatt / Neues Quartier ...

Seite 6: Termine / Hinten links: Für ein neues Gipfeltreffen ...

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV im Juni / Komposttoiletten für Spielplätze in Mahlsdorf und Kaulsdorf / • Wir nehmen Abschied von Dr. Manfred Schmidt / Per Bus zum Baden und ein wenig mehr

Jetzt Mitglied werden!

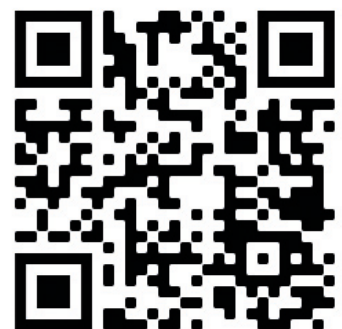
Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr.

Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

Hier kannst Du sofort und online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären.

www.die-linke.de/mitmachen



Wahlkampf kostet!

Spenden für DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf bitte an:

DIE LINKE Berlin

IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803

VWZ: Spende M-H, Name, Vorname, Anschrift

„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“: Etappenziel erreicht

Am 25. Juni stieg vor der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Rauch zum Himmel. Doch dass es sich hier weder um Brandstiftung noch um jubelnde Fußballfans oder gar um die Ernennung eines neuen Papstes handelte, war schon an den Farben des Rauches ersichtlich: lila und gelb, die Erkennungszeichen der Initiative für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Diese hatte gerade die Listen der Unterschriften für die Vergesellschaftung aller Wohnungskonzerne, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen, übergeben. Dabei sollen mehr als 240.000 Wohnungen in den Besitz einer Anstalt des öffentlichen Rechts überführt und demokratisch, transparent und gemeinwohlorientiert verwaltet werden. Damit gäbe es deutlich bessere Möglichkeiten für eine Stadtentwicklung, die den Mieterinteressen statt dem Kapitalmarkt dient.

Insgesamt 349.658 Unterschriften wurden an die Landeswahlleitung übergeben, die diese bis Ende Juli prüfen wird. Bis Ende des Tages waren bereits über 175.000 als gültig gewertet worden – das entspricht 7 Prozent der Berliner Bevölkerung. Das erforderliche Quorum wäre damit erreicht, um als nächste Stufe am 26. September (gleichzeitig mit den Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen) einen Volksentscheid durchzuführen. Wenn bei diesem die Mehrheit der Berliner Wahlberechtigten zustimmt, würde der Auftrag an den Senat erteilt, ein Gesetz zur Umsetzung der Vergesellschaftung zu erarbeiten. Nach der aktuellen „BerlinTrend“-Umfrage des RBB sehen 47 Prozent der Berlinerinnen und Berliner das Thema Miete als wichtigstes Problem der Stadt. Ende April bewerteten 47 Prozent Enteignungen als „gut“, bei den Mieterinnen und Mietern waren es sogar 51 Prozent. Doch damit dieser Wille auch umgesetzt wird, braucht es die richtigen politischen Kräfteverhältnisse. Von den Parteien im Abgeordnetenhaus unterstützt nur DIE LINKE die Initiative – mehr als 32.000 Unterschriften wurden von ihr gesammelt, darunter mehr als 1.800 in Marzahn-Hellersdorf. Unterdessen will die Berliner CDU (die allein im letzten Jahr über 800.000 Euro Spenden von Immobilienkonzernen erhalten hat) die Mieterschaft spalten, indem sie wahrheitswidrig behauptet, dass auch Wohnungsgenossenschaften enteignet werden sollen. Doch auch SPD und Grüne werden sich nur zur Umsetzung der Vergesellschaftung bringen lassen, wenn es genügend Druck aus der Bevölkerung und eine starke LINKE im Parlament gibt. Daran sollten alle Berlinerinnen und Berliner denken – in der Wahlkabine und auf der Straße!



Janine Wissler, Vorsitzende der LINKEN, unterstützte im Bezirk die Unterschriftensammlung an der Seite von Steffen Osteher, der im Wahlkreis 3 für das Berliner Abgeordnetenhaus kandidiert.

nungen als „gut“, bei den Mieterinnen und Mietern waren es sogar 51 Prozent. Doch damit dieser Wille auch umgesetzt wird, braucht es die richtigen politischen Kräfteverhältnisse. Von den Parteien im Abgeordnetenhaus unterstützt nur DIE LINKE die Initiative – mehr als 32.000 Unterschriften wurden von ihr gesammelt, darunter mehr als 1.800 in Marzahn-Hellersdorf. Unterdessen will die Berliner CDU (die allein im letzten Jahr über 800.000 Euro Spenden von Immobilienkonzernen erhalten hat) die Mieterschaft spalten, indem sie wahrheitswidrig behauptet, dass auch Wohnungsgenossenschaften enteignet werden sollen. Doch auch SPD und Grüne werden sich nur zur Umsetzung der Vergesellschaftung bringen lassen, wenn es genügend Druck aus der Bevölkerung und eine starke LINKE im Parlament gibt. Daran sollten alle Berlinerinnen und Berliner denken – in der Wahlkabine und auf der Straße!

MARKUS WOLLINA

Genossenschaften nicht betroffen!

Unter dieser Überschrift versammelten sich am 14. Juni 2021 Regina Kittler und Michail Nelken als Vertreter*innen der Linksfraktion Berlin sowie Dirk Enzesberger, Vorstandsmitglied der Charlottenburger Baugenossenschaft, und Kalle Kunkel von der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ in der Geschäftsstelle der LINKEN Marzahn-Hellersdorf zum Talk.

Das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ strebt die Vergesellschaftung großer profitorientierter Wohnungskonzerne an. Leider wird immer wieder behauptet – unter anderem von der CDU – dass durch das Volksbegehren auch große Genossenschaften enteignet werden könnten. Das ist falsch. Die Initiative und die Linksfraktion nehmen Genossenschaften von der Vergesellschaftung aus, da sie gemeinwirtschaftlich arbeiten. In der Diskussion ging es zunächst um die Klärung von Begrifflichkeiten. Die Genossenschaften sind zwar privatrechtlich organisiert, arbeiten jedoch gemeinwirtschaftlich. Herr Enzesberger blieb jedoch bei seiner Position: Wenn die Genossenschaften einmal nicht mehr nach den Vorstellungen linker Politiker*innen wirtschafteten, würden sie auch enteignet. Dem entgegenetzte Regina Kittler, dass sich in diesem Fall ja die Genossenschaftler*innen dem entgegenstellen würden. Fakt ist: Der Zweck der Vergesellschaftung nach Artikel 15 Grundgesetz ist bei Genossenschaften bereits erfüllt, die Vergesellschaftung somit grundgesetzlich ausgeschlossen.

Hier geht es zur Aufzeichnung des Talks:

youtube.com/c/LinksfraktionBerlin/videos

MHI

Aus dem Bezirksvorstand: Wenn diese Zeilen gelesen werden...

..., ist es bereits geschehen und war doch erst der Anfang. Damit ist zum einen die öffentliche Übergabe der im Namen unserer Partei solidarisch gesammelten Unterschriften an die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ am 21. Juni gemeint. Mindestens 1.916 davon zählen dank des tatkräftigen Engagements vieler Marzahn-Hellersdorfer Genoss*innen für DIE LINKE. Unser bezirklich gesetztes Ziel ist somit mehr als übertroffen und wir hoffen sehr, dass es gelingt, einen Volksentscheid am 26. September herbeizuführen. Wenngleich oder gerade weil in den verbleibenden knapp 90 Tagen mit vehementen Angriffen von (politischen) Gegnern gerechnet werden muss, ist es unabdingbar, den Kampf kontinuierlich und konsequent fortzusetzen.

Zum anderen sind die Wahlkampfprogramme der LINKEN nun auf Bundes-, Landes- sowie bezirklicher Ebene gesetzt und gedruckt. Letztere verabschiedete das BVV-Wahlprogramm auf unserer 3. Tagung der 7. Hauptversammlung am 29. Mai. Im Vergleich zu den spezifischen Vertreter*innenversammlungen für die diesjährigen Wahlen war

mit einer Anwesenheit von 42 der 71 Delegierten eine etwas niedrigere Beteiligung zu verzeichnen. Bedauerlicherweise war ein Live-Stream dieser Sitzung nicht möglich. Der Bezirksvorstand (BV) arbeitet daran, es zukünftig möglich zu machen. Vor der Beschlussfassung unseres bezirklichen Wahlprogrammes prägten zwei mitreißende Beiträge die Diskussion. Es sprachen Björn Tielebein als Fraktionsvorsitzender und Juliane Witt als Stadträtin in dieser Legislatur. Beide gaben nicht nur einfach eine Bilanz der Arbeit, sondern zeigten anschaulich, wie die Umsetzung linker Inhalte zu einer Verbesserung der sozialer Lage vieler Bewohner*innen führte und weiterhin führen soll. Näheres ist in der Bilanzbroschüre unserer BVV-Fraktion nachzulesen. Auch im BV wurde die kooperative Erarbeitung des Dokuments in Zusammenarbeit und mit Unterstützung vieler Genoss*innen und Basisorganisationen noch einmal hervorgehoben. Doch wenngleich das Wahlprogramm durchaus vorzeigbar ist, gestalten sich Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit mit den üblichen Werbematerialien (übersichtliche Flyer,

Kugelschreiber, etc.) leichter. Auch Plakate für die Straßen fallen darunter. Deren Anlieferungen sind geplant und für Ende Juli in unserer Geschäftsstelle avisiert.

Bei allem „Kampf“ darf die „Fairness“ nicht vergessen werden. In diesem Sinn trägt das bezirkliche Bündnis für Demokratie und Toleranz eine „Erklärung für einen fairen Wahlkampf und eine demokratische Gesellschaft“ an alle demokratischen Parteien in Marzahn-Hellersdorf heran. CDU, Grüne, SPD und DIE LINKE sind angehalten, diesen Aufruf zu unterzeichnen. Nach unserer Meinung sollte eine größere Transparenz bezüglich der bestehenden gesetzlichen Parteifinanzierungsregelungen in dieser Vereinbarung festgesetzt werden. Die LINKE reichte einen entsprechenden Änderungsvorschlag ein.

An dieser Stelle verabschiedet sich der BV in die Sommerpause und sitzt am 3. August wieder an Tisch und Laptop.

KARIN MÜLLER
UWE WOLLMERSTÄDT

Aus den Siedlungsgebieten: „Zeitumstellung“ im Schloss Biesdorf

Aufgrund sinkender Zahlen bei COVID-19-Infektionen können auch in Marzahn-Hellersdorf die kulturellen Zentren und Einrichtungen unter Beachtung der Hygienekonzepte wieder öffnen. Das trifft auch auf das Schloss Biesdorf zu. Im Park des Schlosses wurde am 22.06.2021 aus Anlass des 80. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und dem Verein Freunde Schloss Biesdorf e.V. ein Gedenkstein für gefallene sowjetische Soldaten gesetzt. Damit wurde in Anwesenheit von Abgeordneten der LINKEN an einen sowjetischen Soldatenfriedhof erinnert. Es ist uns ein Bedürfnis, die hier befindlichen Orte, die an die Befreiung Berlins erinnern, in Ehren zu halten. Im Schloss selbst befindet sich aktuell bis zum 21. August 2021 die Ausstellung „Zeitumstellung“. Hier werden Werke aus dem Kunstarchiv Beeskow im Dialog mit zeitgenössischen Positionen in der kommunalen Galerie gezeigt. Dabei steht die Erinnerung an die DDR als Land der eigenen Herkunft und Teil der heutigen Bundesrepublik im Mittelpunkt der Ausstellung. Es soll die Auseinandersetzung mit dem „verschwundenen Land“ zeigen und zu Dialogen, Sichtweisen und Fragestellungen anregen. Das

Kunstarchiv Beeskow beherbergt einen speziellen Bestand an künstlerischen Arbeiten aus 40 Jahre DDR. Unsere Galerie im Schloss Biesdorf arbeitete schon in den letzten Jahren mit dem Kunstarchiv Beeskow zusammen. Im Dialog mit zeitgenössischen Arbeiten soll die Ausstellung einen weiteren Beitrag um das künstlerische Erbe der DDR anbieten. Die Ausstellung kann täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr, freitags von 12.00 bis 21.00 Uhr besucht werden. Am Dienstag ist das Haus geschlossen. Am 10. Juli, am 17. Juli, am 24. Juli und am 14. August 2021 finden kostenlose Führungen durch die Ausstellung „Zeitumstellung“ statt. Am Mittwoch, dem 15. September wird in der Zeit von 18.00 bis 20.45 Uhr im Schloss Biesdorf eine Bilanz und der Ausblick auf „Fünf Jahre wiederaufgebautes Schloss Biesdorf“ unter der Moderation von Dr. Heinrich Niemann durch den Verein Freunde Schloss Biesdorf durchgeführt. An diesen Entwicklungen haben viele Politikerinnen der LINKEN, darunter auch unsere Kulturstadträtin Juliane Witt und die Abgeordnete Regina Kittler einen großen Anteil. Wir werden diese Entwicklungen auch in den kommenden Jahren befördern.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Eine Chance für Wildbienen

Über 300 Wildbienenarten leben in Berlin. Sie werden zunehmend bedroht durch Bebauung, Verdichtung, fehlende Nahrungsquellen und Niststätten, zum Teil auch durch die Konkurrenz durch Honigbienen. Für den Erhalt einige dieser Bienenarten trägt Berlin eine hohe

Verantwortung. So ist die Östliche Felsen-Mauerbiene eine Zielart des Berliner Biotopverbundes. Besonders artenreiche Gebiete Berlins liegen auch mehr am Stadtrand, am Rande unseres Bezirkes ist vor allem der „Biesenhorster Sand“ von großer Bedeutung. Heimische Wildpflanzen im Garten und auf dem Balkon, Kräuter, Blumen mit ungefüllten Blüten schaffen ein Nahrungsangebot für Wildbienen. Darüber hinaus geht es natürlich um die Sicherung von Flächen als Habitate. So war „Wildbienen schützen“ ein Projekt der Deutschen Wildtierstiftung. Hierfür wurden im Bezirk sechs Flächen ausgewählt, sogenannte Blühstreifen, die man anlegte an der Wernerstraße, am Blumberger Damm, im Kurt-Julius-Goldstein-Park, Schlosspark Biesdorf, am Pfarrhufenanger und am Walslebener Platz. Im ersten Projektjahr erfolgte die Pflege durch die Wildtierstiftung, im zweiten durch das Straßen- und Grünflächenamt mit Unterstützung durch die Stiftung. Es bleiben allerdings noch einige Fragen offen, so die nach der wissenschaftlichen Begleitung und Dokumentation, dem Monitoring sowie die nach der Übertragung der Ergebnisse auf weitere Flächen im Rahmen der Durchsetzung des „Handbuchs der guten Pflege“ der Grünanlagen. Blühstreifen, die (nicht nur) Wildbienen zugutekommen, „passen“ an viele Straßen und Wegeränder.

FRANK BEIERSDORFF
Sprecher für Umweltpolitik
und alternative Verkehrspolitik



Hier war noch Platz in unserem „Hotel“

Petra Pau (MdB): Neue Grundrechte

Krimis von Ferdinand von Schirach dürfen etliche kennen. Der Autor, Jurist und Dramaturg ist vielfältig unterwegs, auch politisch. Ein Blick in seine Biografie offenbart zudem: Seine Vorfahren verkörpern fast alles, was die deutsche Geschichte über zwei Jahrhunderte prägte, positiv hoffend, negativ verheerend.

Im Mai 2021 wartete Ferdinand von Schirach mit einem neuen Buch auf, einem Büchlein. Es umfasst nur 31 Seiten, beschreibt aber ein großes Anliegen. Von Schirach plädiert dafür, die völkerrechtlich verbrieften Grund- und Menschenrechte so zu erweitern, dass diese dem 21. Jahrhundert entsprechen, also auch neuen Herausforderungen wie der Globalisierung, der Digitalisierung und dem Klimaschutz. Dazu unterbreitet er sechs Vorschläge.

Umwelt: Jeder Mensch hat das Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben.

Digitale Selbstbestimmung: Jeder Mensch hat das Recht auf digitale Selbstbestimmung. Die Ausforschung oder Manipulation von Menschen ist verboten.

Künstliche Intelligenz: Jeder Mensch hat das Recht, dass ihn belastende Algorithmen transparent, überprüfbar und fair sind. Wesentliche Entscheidungen muss ein Mensch treffen.

Wahrheit: Jeder Mensch hat das Recht, dass Äußerungen von Amtsträgern der Wahrheit entsprechen.

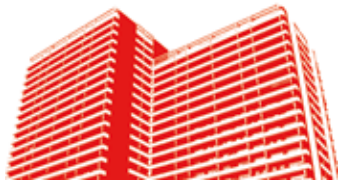
Globalisierung: Jeder Mensch hat das Recht, dass ihm nur solche Waren und Dienstleistungen angeboten werden, die unter Wahrung der universellen Menschenrechte hergestellt und erbracht werden.

Grundrechtsklage: Jeder Mensch kann wegen systematischer Verletzungen dieser Charta Grundrechtsklage vor den Europäischen Gerichten erheben.

Ob die Vorschläge, die von Schirach gemeinsam mit weiteren Rechtsgelehrten und Historikern erarbeitet hat, im wahren Leben eine Chance haben, ist höchst fraglich. Selbst ein Mehrheitsbeschluss des EU-Parlamentes würde nicht reichen, sie in den Status von Grundrechten zu befördern. Zu Recht übrigens: Denn im Umkehrschluss hieße das ja, dass verbrieft Grundrechte durch eine wie auch immer geartete Parlamentsmehrheit außer Kraft gesetzt werden könnten. Positiv denkbar wäre indes eine EU-weite Volksabstimmung, also historisches Neuland, weil: Eine solche hat es in der europäischen Geschichte noch nie gegeben.

Hinzu kommt und da wird es zusätzlich spannend: Ferdinand von Schirach spricht sich gegen direkte Demokratie auf Bundesebene und darüber hinaus aus.

Die Initiative „Jeder Mensch“ kann übrigens auch im weltweiten Netz aufgerufen und online unterstützt werden. Ich habe es getan und empfehle es. Denn allein eine gesellschaftliche Debatte darüber wäre sinnvoll, ja überfällig.



Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung vom 17. Juni 2021

Große Debatte zu Bürgerämtern

Moderne Bürgerämter für den Bezirk

Die Priorität der SPD-Fraktion sorgte für eine große Debatte in der BVV. Die Anfrage an Bezirksstadtrat Thomas Braun (AfD) wollte in Erfahrung bringen, wie es um Dienstleistung, Personal und Ausstattung in den Bürgerämtern steht und ob vorangegangene beschlossene Anträge der BVV bereits umgesetzt wurden. In den vergangenen Sitzungen der BVV äußerte sich Braun kaum bis gar nicht zur Situation der Bürgerämter in unserem Bezirk. Dieses Mal reichten seine Ausführungen weiter, doch wie immer fand Braun nur Ausreden. Die Quintessenz: die Senatsverwaltung für Inneres sei dafür zuständig und dem Bezirksstadtrat selbst seien die Hände gebunden. Die Realität ist aber, dass Bezirksstadtrat Braun beschlossene Anträge der BVV nicht umgesetzt hat – zum Beispiel, dass die Bürgerämter sich zukünftig nicht mehr in private Räumlichkeiten einmieten müssen, sondern dafür landes- bzw. bezirkseigene Gebäude genutzt werden.



© LINKSFRAKTION MARZAHN-HELLERSDORF

wäre die Einrichtung einer Buslinie vom U-Bahnhof Hönow über Altlandsberg nach Strausberg geeignet. Zugleich erreichen somit auch die Bürger*innen aus unserem Bezirk sowie den Nachbarbezirken besser die Gebiete außerhalb Berlins,

Grundstück Blumberger Damm/Landsberger Allee für Gemeinwohl nutzen

Ende 2020 wurde die Unterkunft für Geflüchtete an der Straßenecke Blumberger Damm/Landsberger Allee geschlossen. Seitdem steht die Frage im Raum, was mit dem bezirkseigenen Grundstück passieren soll. Ursprünglich sollte das Gelände für eine Sportanlage genutzt werden, wurde dann aber kurzfristig mit einer Container-Unterkunft bebaut. Uns ist es wichtig, dass die Fläche dem Gemeinwohl des Bezirks zugutekommt. Daher haben wir einen Antrag eingereicht, dass das Gelände als Gemeinbedarfsfläche ausgewiesen wird. So kann die Fläche z.B. für Schule, Kita, Sport, Kultur und/oder eine ökologische Nutzung genutzt werden. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Bessere Busanbindung für das östliche Umland

Mit einem Antrag haben wir uns dafür eingesetzt, dass das östliche Berliner Umland – insbesondere das Gebiet zwischen Hoppegarten-Hönow, Altlandsberg und Strausberg – besser per Bus an den Berliner Nahverkehr angebunden wird. Dafür

um somit beispielsweise die dortigen Badeseen zu nutzen. Der Antrag wurde mehrheitlich von der BVV beschlossen.

Komposttoiletten für alle Spielplätze in Mahlsdorf und Kaulsdorf

Im Mai sprach ich mit einer Freundin über eine Idee, die ich vor Kurzem entwickelte. Im Fernsehen lief ein Beitrag über die Firma EcoToilette. Sie vermieten bzw. verkaufen Komposttoiletten, die ohne Wasser auskommen und ganz nach den Bedarfen der Nutzer*innen gestaltet werden können: Barrierefrei, Unisex, mehrere Kabinen, natürliches oder futuristisches Design, geruchsneutral und mit einem nach Wunsch anpassbaren Wartungsservice.

Und das Beste daran: Unsere Ausscheidungen können im Anschluss noch Gutes bewirken, indem sie als Kompost auf den landwirtschaftlich genutzten Feldern verwendet werden.

In Mahlsdorf und Kaulsdorf kann man die öffentlichen Toiletten an einer Hand abzählen. Die Pandemie hat dieses Problem nochmal drastisch verdeutlicht, denn nun fielen auch die Toiletten der Gastronomie aus. Für ganz viele bedeutete dies, dass ein längerer Spaziergang ausfallen muss.

Ältere Menschen, die eventuell häufiger eine Toilette aufsuchen müssen, Kleinkinder, die gerade dabei sind, windelfrei zu werden, oder gar Menschen mit Behinderung: Eine öffentliche Toilette in der Nähe ist oft ein ganz entscheidendes Kriterium zur Teilhabe.

Die nächste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 19. August 2021, 17 Uhr statt.

Weitere Infos unter:
<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Bessere Busanbindung des östlichen Umlands – auch im Interesse der Berliner*innen
- Grundstück Blumberger Damm/Landsberger Allee für soziale, kulturelle oder ökologische Nutzung ausweisen
- Kulturforum Hellersdorf für Angebote von freien Trägern und Initiativen zur Verfügung stellen
- Marzahn-Hellersdorf gegen den solidarischen Finanzierungsbeitrag von Kitas durch Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und den unangekündigten Einzug

ELLEN WERNING

Auf den Spielplätzen fehlen generell Toiletten. Auf dem Ulmenspielplatz in Kaulsdorf-Süd, mit meinem zweieinhalbjährigen Sohn, entstand so meine Idee: Warum sollten wir nicht versuchen, dies umzusetzen? Doch wie sieht das die umliegende Bevölkerung? Ist mein Wunsch der von vielen?

Meine Freundin sagte: Ja! Und gründete eine Bürgerinitiative, um mit dem Sammeln von Unterschriften zu beginnen. 66 Unterschriften kamen bereits zustande.

Dann sprach ich mit Luise Lehmann von der SPD und Stefan Ziller von Bündnis 90 / Die Grünen darüber: Auch sie waren schnell von diesem Projekt zu überzeugen – zumal die Installation viel kostengünstiger und mit weniger Aufwand erfolgen kann als mit den üblichen öffentlichen Toiletten.

Luise Lehmann stellte daraufhin mit unserem Fraktionsvorsitzenden Björn Tielebein einen gemeinsamen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung. Der Antrag wurde nun einstimmig an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Mit einer Pilottoilette am Ulmenspielplatz soll begonnen werden, sofern der Ausschuss dies bewilligt und das Bezirksamt mit der Ausschreibung beauftragt wird.

STEFANIE WAGNER-BOYSEN



Nachruf:

Wir nehmen Abschied von Dr. Manfred Schmidt

Dr. Manfred Schmidt saß als Bürgerdeputierter für die Linksfraktion der BVV Marzahn-Hellersdorf schon viele Jahre im Ausschuss für Gesundheit, Inklusion und Menschen mit Behinderungen. Wir haben seinen reichen Erfahrungsschatz, die klugen Hinweise und überlegten Bemerkungen zu unzähligen Problem Diskussionen schätzen gelernt. Als selbst sehbehinderter Mensch wusste er ganz genau, wovon er sprach – egal, ob Stolperstellen in seiner engsten Umgebung oder dass die Belange behinderter Menschen zu wenig mitgedacht wurden. Er sah weit über den Teller rand seines Kiezes und des Bezirks hinaus. Als lang-jähriger Vorsitzender des



FOTO: LINKSFRAKTION MARZAHN-HELLERSDORF

Dr. Manfred Schmidt, zusammen mit unserer Autorin Sabine Schwarz.

Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin engagierte sich Dr. Manfred Schmidt ganz besonders dafür, dass die Rechte der behinderten Menschen in den Diskussionen zu Berliner Gesetzesvorlagen vorkommen, in entsprechende bauliche Vorgaben einbezogen werden und vieles mehr. Meine Genoss*innen und ich vermissen Dr. Schmidt sehr, seine ruhige und überlegte Art, wenn er nachdrücklich, unbeirrbar auf die Inter-

essen behinderter Menschen hinwies. Die Gespräche mit ihm werden mir fehlen, sein Lächeln um den Mund und in den Augen. Wir trauern mit seiner Frau Anneliese und den Kindern und Enkeln und übermitteln auf diesem Weg unser tiefempfundenes Beileid.

SABINE SCHWARZ

Per Bus zum Baden und ein wenig mehr...

Vor einiger Zeit brachten die Grünen einen Antrag für die Einrichtung eines Bäderbusses ein, der Marzahn-Hellersdorf mit den Seen im östlichen Umland verbinden sollte. Trotz unserer Unterstützung konnte dieser nicht umgesetzt werden. Es gab schon einmal einen Bus zu Ausflugszwecken, der vom U-Bahnhof Hönow (die Schleife dafür gibt es noch an der Ecke Böhlener Straße), über Altlandsberg nach Strausberg und zeitweise sogar bis Buckow (Märkische Schweiz) fuhr.

Zusammen mit Cordula Streich von den Bündnisgrünen haben wir das Anliegen jetzt wieder aufgegriffen. Die BVV beschloss den Antrag am 17. Juni über die Konsensliste a.

Unser Anliegen ist die bessere Einbindung des unmittelbaren östlichen Umlandes in den Berliner Nahverkehr. An anderen Stellen des Umlands, im Westen, Süden, aber auch Norden Berlins gibt es bereits mehrere Beispiele. Es bedarf der Abstimmung zwischen Land Berlin und dem jeweils be-

nachbarten Landkreis, der Träger des ÖPNV ist. Es gibt auch Beispiele, wo die BVG im Wechsel bedient, wie auf der Linie 893 zwischen Hohenschönhausen und Bernau oder auch auf mehreren Linien im Raum Kleinmachnow.

Die Einwohnerzahl im Bereich von Hoppegarten/Hönow, Ahrensfelde, Eggersdorf, Strausberg etc. hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr als verdoppelt. Straßen wie die L 33 (die Fortsetzung der Landsberger Allee) sind oft überlastet, ebenso die nur mit Umwegen erreichbare S5. Daher sollte es eine mindestens halbstündlich betriebene Anbindung des U-Bahnhofs Hönow aus Strausberg/Altlandsberg geben, im Interesse der Pendler aus beiden Richtungen, aber auch der erholungssuchenden Berliner*innen. Bötze, Fängersee und Straussee wären direkt an der Strecke oder mit kurzen Fußwegen erreichbar. Wenn die gegenwärtigen Bauarbeiten auf der Straße beendet sind, könnte die Linie im kommenden Jahr in Betrieb gehen.

FRANK BEIERSDORFF

22. Juni 2021

80. Jahrestag des Überfalls deutscher Truppen auf die Sowjetunion

Passend zum Gedenktag wurde im Schlosspark Biesdorf ein Gedenkstein (unser Foto) eingeweiht, der daran erinnert, dass sich im Park bis 1958 Gräber sowjetischer Soldaten befanden. Dr. Heiner Niemann vom Verein Freunde Schloss Biesdorf und die Stadträtinnen Juliane Witt und Nadja Zivkovic zeigten sich zufrieden, dass die Errichtung des Gedenksteins gemeinsam in kürzester Frist geplant und bewältigt wurde. Blumen legten auch Petra Pau und Regina Kittler nieder. Der Gedenkstein befindet sich im südlichen Teil des Parks.



FOTO: DIE LINKE, MARZAHN-HELLERSDORF

Die Inschrift des Steines lautet:

„Im südlichen Teil des Parks befand sich von 1946 bis 1958 ein sowjetischer Soldatenfriedhof mit Gräbern für Offiziere, Soldaten und zivile Tote.“

Die Verstorbenen wurden auf den Parkfriedhof Marzahn umgebettet.“

Dr. Manuela Schmidt (MdB): Auf den letzten Metern!

Die letzte Plenarsitzung vor der Sommerpause war vollgepackt mit wichtigen Entscheidungen. Auf den letzten Metern vor dem nächsten Wahltag wollten wir als Koalition zahlreiche Gesetzesvorhaben zum Abschluss bringen, hatten wir doch in deren Vorbereitung viel Arbeit und Zeit investiert, Bürgerinnen und Bürger sowie zahlreiche Initiativen beteiligt.

Nicht zuletzt galt es zu liefern, denn wir standen bei den Berlinerinnen und Berlinern im Wort. Dies gilt für das Solargesetz Berlin, für das Gesetz über die Einführung des Lobbyregisters beim Abgeordnetenhaus oder für das Gesetz zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Land Berlin ebenso wie für weitere elf Gesetze. Auch mit dem 4. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes haben wir wichtige Prozesse auf den Weg gebracht.

Zwei weitere Gesetze auf der Tagesordnung haben für mich eine besondere Bedeutung. Priorität unserer Fraktion war das Gesetz zur Neuregelung der Partizipation im Land Berlin.

Unsere Stadt hat sich in den letzten Jahren verändert, ist bunter und vielfältiger geworden. Das soll und muss sich auch in der öffentlichen Verwaltung widerspiegeln. Mit dem Gesetz bekommt der öffentliche Dienst nun verbindliche und handhabbare Vorgaben und struktureller Diskriminie-



FOTO: K. DALHUS

rung setzen wir etwas entgegen. Gerade zu diesem Gesetz gab es im Vorfeld viel Gegenwind, umso wichtiger ist es, dass hier eine Einigung der Koalition gelungen ist.

Auch mit der Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes kommt ein intensiver gemeinsamer Arbeitsprozess von Verwaltung in den Bezirken und Hauptverwaltungen, von Fachkreisen und Politik zu einem Abschluss. Die AG Bezirke unseres Landesverbandes habe ich ebenfalls von Beginn an einbezogen. Ich habe mir ein verbindlicheres Ergebnis gewünscht, habe mich sehr für einheitlichere Abteilungsstrukturen eingesetzt. Doch am Ende ist es ein erster wichtiger Schritt für eine effizientere Verantwortungsstruktur zwischen Land und Bezirken. Und insbesondere für die wichtige ehrenamtliche Arbeit unserer Bezirksverordneten haben wir deutliche Verbesserungen erreichen können.

2016 sind wir angetreten mit dem Slogan: „Wir holen uns die Stadt zurück!“ Nicht alles, was wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben, werden wir am Ende geschafft haben. Dennoch kann sich unsere Bilanz sehen lassen und sie liegt jetzt auch als kleine Broschüre vor.

Nun lasst uns die Wochen bis zum Wahltag nutzen, viel Berlinerinnen und Berliner davon zu überzeugen, dass Links wirkt!

Juliane Witt:

Miteinander gut durch schwere Zeiten

Das letzte Jahr hat viele von uns enorm unter Druck gesetzt, aber im Rückblick sind wir stolz darauf, wie gut und zuverlässig gerade die Netzwerke, Freundschaften in der Pandemie geholfen haben. Auch für das Bezirksamt keine leichte Zeit, jeden Tag mussten Entscheidungen getroffen werden, oft ohne Grundlage von Bund oder mit Ansagen, über die wir ins Grübeln kamen. Inzwischen sind alle besonders zu schützenden Gruppen geimpft, Seniorenheime, Unterkünfte der Geflüchteten.

Allen Wohngruppen und auch allen Menschen ohne Wohnung wurde in unserem Bezirk ein Impfangebot unterbreitet. Allein bei der Aktion Impfen im Kiez wurden mehr Menschen geimpft als geplant. Die Stadtteilzentren und Kultureinrichtungen laden wieder ein zu Veranstaltungen, am besten draußen, um den lang ersehnten Sommer zu genießen – aber auch drinnen werden Gemeinschaft, Austausch bald wieder möglich sein.

Künstler haben wieder die Bühne erobert, lange ersehnt wurde jetzt die erste Ausstellung im Rathaus Marzahn mit der Werkschau des Biesdorfer Malers Rudolf Hübler eröffnet. Auch die Besuche der Geburtstagskinder durch unsere Sozialkommissionen, direkt, persönlich, engagiert, werden wieder zum August starten. Ein besonderer Dank



FOTO: DIE LINKE. MARZAHN-HELLERSDORF

Juliane Witt und Petra Pau bei der Eröffnung der Fête de la Musique in den Gärten der Welt. Foto: privat

geht an die Familien, die plötzlich mit Schule daheim konfrontiert wurden, während sie auf der einen Seite mehr denn je arbeiten mussten – insbesondere in Versorgung, Pflege, beim Aufrechterhalten von Verkehr und Infrastruktur – oder wo

die Eltern um ihre Arbeitsplätze bangen mussten. Ausbildung, Gastronomie, Bildung und auch unsere Bürgerämter können und müssen jetzt wieder in den Betrieb gehen, die Bürger erwarten ihre Dienstleistungen, Pass und Anmeldung.

Die Verwaltung des Bezirks hat sich im letzten Jahr immer einsatzfähig und einsatzbereit dargestellt, inzwischen sind neue Dienstleistungsorte für das Gesundheitsamt im Forum Kienberg angemietet worden, in der Rhinstraße ist unser neues Haus der Teilhabe für Menschen mit Behinderung gestartet. Alles - inklusive Umzug, Einbau der Technik - im Corona-Modus.

Nicht zuletzt erwähnt seien die Partner, die uns im Katastrophenschutz unterstützen, die Ehrenamtlichen aus den Trägern, vom THW bis zum DRK. Klares und transparentes Krisenmanagement, einsatzbereite Teams, das hat Marzahn-Hellersdorf gezeigt.

13. Juni 2021:

Am Gedenkstein für Sinti und Roma

Anlässlich des 85. Jahrestages der Verschleppung der Berliner Sinti und Roma in das Zwangslager Marzahn trafen sich auf Einladung des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. und der Gedenkstätte Zwangslager Berlin-Marzahn e.V. ca. 100 Menschen zur traditionellen Gedenkveranstaltung am Gedenkstein auf dem Parkfriedhof Marzahn. Unter ihnen waren zahlreiche Mitglieder der LINKEN wie Petra Pau, Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, unsere Senatoren Elke Breitenbach und Klaus Lederer, die Abgeordneten Regina Kittler, Manuela Schmidt und Kristian Ronneburg sowie Verordnete der BVV Marzahn-Hellersdorf (einige von ihnen siehe Foto). Auch Bündnis 90/Die Grünen und die SPD waren vertreten. Petra Rosenberg, Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V., sprach Worte des Gedenkens an die verschleppten und ermordeten Sinti und Roma aus dem Zwangslager Marzahn. Sie verwies darauf, dass Sinti und Roma auch heute noch verschiedenen Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind, dagegen muss immer wieder angekämpft werden. Sie bedankte



sich bei Klaus Lederer, der eine finanzielle Unterstützung für die Gedenkstätte Zwangslager Marzahn durch den Senat ermöglicht hat und bei Dag-

mar Pohle für die Sanierung der Gedenkstellen auf dem Otto-Rosenberg-Platz. Dagmar Pohle erinnerte daran, dass der Gedenkstein für die Sinti und Roma Ende der 1980er Jahre durch die Initiative von Bürgern möglich und auf dem Parkfriedhof errichtet wurde. Auch sie mahnte an, allen Formen von Diskriminierung entgegenzutreten. Klaus Lederer erinnerte an den Leidensweg und das Vermächtnis von Otto Rosenberg.

RENATE SCHILLING

Zukunftswerkstatt – von Anfang an andere Wege gehen

An oberster Stelle der Politik sollten immer die Bürger*innen stehen. Was will die Bevölkerung im Wahlkreis 5? Was fehlt vor Ort? Sind es die Gehwege, die dringend gebaut werden müssen, um allen eine barrierefreie Fortbewegung zu ermöglichen? Sind es mehr Schulplätze, Kitaplätze, eine inhaltliche Reform der Lehrpläne oder ganz etwas anderes? Und wie komme ich an Antworten auf diese zentrale Frage? Genau: Ich veranstalte eine Zukunftswerkstatt und lade alle Mitbürger*innen dazu ein, gemeinsam an einem Bild von morgen zu arbeiten. Doch noch kennen mich vor Ort zu wenig Leute. Also müssen wir das Ganze noch eine Nummer größer planen. Nachdem ich mich dafür entschieden hatte, im Wahlkreis 5 um ein Direktmandat für das Abgeordnetenhaus zu kämpfen, stand sehr schnell für mich fest, dass ich mit meinen Konkurrenten viel lieber an einem Strang ziehen möchte. Denn letztendlich wollen wir doch eigentlich alle nur das Beste für unsere Wählerschaft. Und diese kann am Ende sehr davon profitieren, wenn Einigkeit herrscht und wir mit geballter Kraft an unseren gemeinsamen Zielen arbeiten, statt uns gegensei-



tig das Leben schwer zu machen.

Na, dann lade ich (3.v.li. - mit Mikrofon in der Hand) doch direkt all meine politischen und demokratisch agierenden Gegner dazu ein, sich an der Zukunftswerkstatt zu beteiligen. Katharina Günther-Wünsch von der CDU antwortete leider bis heute nicht auf meine Einladung. Stefan Ziller von Bündnis 90/Die Grünen (li. im Bild) und

Luise Lehmann von der SPD (2.v.li.) fackelten nicht lange. Sie waren schwer angetan von meiner Idee, sich gemeinsam für unsere Region starkzumachen. Die Pandemie machte es mir Ende April unmöglich, meine Veranstaltung in Präsenz durchzuführen. Also wurde die Auftaktveranstaltung ins Netz verlegt. Der Livestream vom Ullrichplatz in Mahlsdorf-Süd war ein echter Kraftakt. Ein Team von vier Männern und die Unterstützung vom Roten

Kiezspaziergang am 12.06.2021
mit Dr. Manuela Schmidt:

Neues Quartier am S-Bahnhof Marzahn „Konnekt“

Der Einladung von Manuela Schmidt, das Ostgelände des Georg-Knorr-Parks zu besuchen, auf dem ein komplett neues Wohn- und Gewerbegebiet entstehen wird, folgten zirka 15 Gäste. Sebastian Scheel, Senator für Stadtentwicklung, und Florian Lanz, Geschäftsführer des Projektträgers Laborgh Investment GmbH, standen Rede und Antwort, wie es weitergeht. Baustart soll im kommenden Jahr sein. Das Projekt eröffnet erfreuliche Perspektiven wie:

- Nutzung von Baugelände, das auf lange Sicht von der Knorr-Bremse nicht benötigt wird, für Gewerbe und bezahlbares Wohnen (die HOWOGE übernimmt nach Baufertigstellung)
- erstmals in Berlin keine starke Trennung von Gewerbe und Wohnen
- Gewerbliche Bestandsmieter werden gehalten
- zusätzliches Gewerbe (auch aus zentralen Stadtlagen) kann angesiedelt werden
- ökologisch sinnvolles Agieren geplant (u.a. Umsiedlung der geschützten Zauneidechsen, Erhalt eines Großteils der Bäume auf dem Gelände und Neupflanzungen, Solarenergie, Gewinnung von Wärme aus Abwasser)

In einem Raum der denkmalgeschützten ehemaligen Tankstelle ist eine kleine Ausstellung, die u.a. auch die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger beantwortet. Sie kann mit Anmeldung besucht werden. Im Herbst soll eine Ausstellung zum Projekt eröffnet werden, die allen zugänglich ist. Mehr zu „Konnekt“ erfahren: www.laborgh.com

Baum waren erforderlich, um alle Technik inklusive Stromgenerator bereitzustellen. Das muss beim nächsten Mal einfacher werden.

Zum Glück konnten wir uns nun am 10. Juni in Präsenz treffen. Wieder am Ullrichplatz. Wir ließen den Livestream diesmal weg und entschieden uns dazu, das Filmmaterial einfach später zu veröffentlichen. Kein Generator, kein Roter Baum und

nur noch eine One-Techniker-Show. Viel besser.

Viele Bürger*innen folgten unserer Einladung. Unser Moderator Andreas Sallam vom Wandelbündnis (2.v.r.) verstand es, unsere unterschiedlichen Arten so aufzugreifen, dass am Ende eine völlig ausgeglichene Veranstaltung daraus wurde. Wir haben nun unsere Koffer prall gefüllt mit den ganz

konkreten Wünschen aus der Nachbarschaft. Diese werden wir nun gemeinsam auswerten und sehen, was sich in welcher Weise realisieren lässt. Im Herbst wird es dann eine Abschlussveranstaltung geben, zu der wir wieder herzlich einladen, um unsere Ergebnisse zu präsentieren. Sie dürfen also gespannt sein, was aus dem Projekt „Demokratie vor Ort!“ wird.

STEFANIE WAGNER-BOYSEN

Tipps und Termine**Grillen im Wahlkreis 6 mit Kristian Ronneburg**

● **7.7., 19 Uhr**, Grünes Haus (Boizenburger Str. 52-54, 12619 Berlin)

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen zu einem Grill-Abend im Garten des Grünen Hauses mit dem Wahlkreisabgeordneten und Kandidaten für Hellersdorf-Süd/Kaulsdorf-Nord, Kristian Ronneburg.

Gedenkveranstaltung aus Anlass des 100.**Geburtstages des Schriftstellers Peter Edel**

● **12.7., 18 Uhr**, Maxie-Treff (Maxie-Wander-Straße 56/58, 12619 Berlin)

Anlässlich des 100. Geburtstages von Peter Edel lädt der Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. dazu ein, in einer Feierstunde des Schriftstellers, Grafikers und Widerstandskämpfers in feierlichem Rahmen zu gedenken. Die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dagmar Pohle, wird dazu einleitende Worte sprechen.

Pride-Parade von Quarteera in Marzahn

● **17.7.:** Auch in diesem Jahr wird es in Marzahn wieder einen eigenen CSD geben: Der Verein für russischsprachige LGBTI*, Quarteera e.V., organisiert in Zusammenarbeit mit Lesben Leben Familie (LesLeFam) e.V. am 17. Juli eine Pride-Parade.

Rotes Sofa

● **2.8., 17.30 Uhr**, Helene-Weigel-Platz, Rotes Sofa: **Klaus Lederer** liest aus seinem Buch „Sterne über Berlin“, in dem er aus seiner politischen Arbeit erzählt und auch darüber plaudert, was sich jenseits von seiner beruflichen Karriere in seinem Leben abspielt. Umrahmt wird der Lese-Abend musikalisch mit Gesang und Akkordeonmusik von **Isabel Neuenfeldt**. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

„Jeder behandle andere Länder wie sein eigenes, behandle andere Familien wie seine eigene, behandle andere Menschen wie sich selbst.“

Mo-tse (468 - 376 v. Chr.) chinesischer Philosoph

Hinten links:**Für ein neues Gipfeltreffen 2025 im Geiste der KSZE ...**

... spricht sich der finnische Präsident Sauli Niinistö aus. Auch er sorgt sich wegen der aufgerührten, schwerlich zu beruhigenden Gemüter der Großmächte. 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet.

Anfang 2021 übernahm Schweden den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Schweden und Finnland treten nach dem 2. Weltkrieg immer wieder als Initiatoren für Frieden und Abrüstung auf. Am 3.6.2021 unterzeichneten über 130 Vertreter von Friedens- und Umweltschutzorganisationen in allen Ostsee-Anrainer-Staaten einen Unterstützerbrief für dieses Vorhaben. Rund 700 Organisationen und mehr als 75.000 Einzelpersonen in 190 Ländern dieser Erde unterzeichneten ein Versprechen, sich aktiv für Frieden einzusetzen und gewaltfreie Aktionen zu unterstützen.

Ehemalige hohe Politiker und NATO-Militärs, Bürgerorganisationen, Friedensforscher und unterschiedlichste Gruppen von Prominenten wandten sich in vielen Schreiben und Aufrufen an die Führungskräfte der Welt mit der dringenden Bitte, den Atomwaffenverbotsvertrag der UN zu unterzeichnen (TPNW).

Hypersonische Mittelstreckenraketen (500 bis 5.500 km Reichweite) sind seit dem INF-Vertrag von 1987 (Gorbatschow und Reagan) verboten – Russland und die USA bauen sie, wobei die russischen, von russischem Territorium abgeschossen, die USA nicht erreichen können.

Frage

Welche Gedanken kommen einem, wenn man weiß, dass die hypersonischen US-Mittelstreckenraketen in Polen und Rumänien stationiert werden sollen?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» **3.8., 17.8.** jeweils 19 Uhr, Linker Treff

Basis-Koordinierungsberatungen

» **22.7., 17 Uhr**, BO WK 5, Ort bitte erfragen

» **5.8., 19 Uhr**, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Str.

» **10.8., 17.30 Uhr**, BO WK 2, Ort bitte erfragen

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» Nachfragen unter: 030 99289380

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Tel.: 030 54980322, E-Mail: buero@regina-kittler.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

BVV-Fraktion

» Aufgrund der aktuellen Pandemie-Lage ist unser Büro nur montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis.

E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,

12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere Ferien- Dienstag: 13 - 17 Uhr

Öffnungszeiten: Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Vom 12. bis zum 23. Juli bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 01.07.2020. **Auslieferung ab 06.07.2021.**

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am **03.08.2021 (Anlieferung aus Druckerei).**